

Sehr geehrte Damen und Herren !

Der vorliegende Rechnungsabschluss für das Jahr 2015 weist einen Umfang von rund 63,8 Mio. auf und ist damit um rund 0,3 Mio. geringer als im Budget 2015. In dem relativ stabilen Rahmen zeigen die einzelnen Einnahmen- und Ausgabenposten durchaus unterschiedliche Entwicklungen.

Frei verfügbare Mittel gehen zurück

Sie bilden die finanzielle Grundlage der Investitionstätigkeit der Gemeinde und entwickelten sich wie folgt:

2013 € 7,1 Mio

2014 € 5,4 Mio.

2015 € 5,2 Mio.

Dies ist ein eher durchschnittlicher Wert und darüber hinausgehende Investitionsaufgaben erfordern zwangsläufig die Aufnahme von Fremdmitteln. Dabei sind nachhaltig wirksame Investitionen wie Bildung und Ortsentwicklung mehr denn je dringliche Aufgaben.

Eine Prioritätensetzung wird daher immer dringlicher und zeigt bei konsequenter Umsetzung auch entsprechende Wirkung.

Erfreulich ist der Rückgang des Schuldenstandes.

Die Gesamtverschuldung verringerte sich von € 63,6 Mio. auf € 60,6 Mio. und ist zum Großteil auf den Rückgang der Investitionen im Kanalbereich zurückzuführen.

Die Pro-Kopf-Verschuldung ging von € 2.827.- auf € 2.624.- im Jahre 2015 zurück.

Kräftige Teuerung bei den Lustenauer Gemeindegebühren.

Bei den Einnahmen der Gemeinde fällt auf, dass die Summe der Abwassergebühren gegenüber dem Jahr 2014 um rund € 400.000 von 3,3 Mio. auf 3,7 Mio. €, d.h. rund 11 % zugenommen haben.

Unter Berücksichtigung des Mengenzuwachses liegt die effektive Teuerung bei rund 10 % .

Dieser weit über der Inflationsrate liegende Einnahmenezuwachs der Gemeinde zeigt, dass die Erhöhungen der letzten Jahre aus sozialpolitischen Gründen keinesfalls weitergeführt werden können.

Die Lustenauer Gebühren liegen ohnehin im oberen Bereich der Vorarlberger Gemeinden.

Sie schlagen sich auch in den Wohnkosten nieder und beeinflussen damit immer deutlicher die finanziellen Belastungen jedes Einzelnen.

Anteil der Gemeinde an Bundessteuern steigt.

Die gemeinschaftlichen Bundesabgaben sind die entscheidende Finanzierungsgrundlage der Gemeinde.

Sie liegen inzwischen bei rund 22,1 Mio. € und sind damit gegenüber 2014 um über 6 % angestiegen. Die jüngste Steuerreform wird diese Entwicklung jedoch deutlich abschwächen.

Hingegen lag die von der Gemeinde eingehobene Kommunalsteuer bei rund 6, 1 Mio. €, was einer Erhöhung um rund 1 % entspricht.

Eine entsprechende Erhöhung der Lohnsumme wäre dem Gemeindehaushalt durchaus dienlich und der freiwillige Verzicht auf erhebliche Steuereinnahmen, wie im Falle einer IKEA- Verhinderung stellt den hierfür verantwortlichen Fraktionen jedenfalls kein Zeugnis wirtschaftlichen Weitblicks für unsere Gemeinde aus. Ein IKEA-Standort ist zudem für eine Gemeinde deutlich mehr als nur eine Erhöhung der Lohnsumme.

Investitionen im Kleinformat

Eine unerfreuliche Entwicklung nahmen im Berichtszeitraum die Investitionen wie folgt:

Rechnungsabschluss 2012 € 16,2 Mio.

Rechnungsabschluss 2013 € 14,6 Mio.

Rechnungsabschluss 2014 € 12,3 Mio.

Rechnungsabschluss 2015 € 9.2 Mio.

Dies muss zwangsläufig zu einem Rückstau notwendiger Investitionen in den Standort Lustenau führen.

Schon der Blick auf den Kriechgang beim Ortszentrum zeigt dies seit Jahren unübersehbar und die Entwicklung beim neuen Schulcampus bedarf offenbar noch einiges an Anschub.

Die verlorenen Jahre am Kirchplatz

Berichte über unser Ortszentrum sind seit Jahren leider kein Zeugnis von Aufbruchstimmung.

Im Hinblick auf unsere Nachbarorte und eines mutigen Projektes im Milleniumpark kann es der Gemeinde in ihrem Zuständigkeitsbereich nicht um die Frage gehen, was alles am Kirchplatz *nicht* geht.

Dadurch werden wir Teil des Problems und nicht Teil der Lösung.

Auch die Verschiebung der fraglichen Materie von den Ausschüssen in den Gemeindevorstand hat jedenfalls bis heute keinen Durchbruch gebracht.

Wir müssen uns viel intensiver um einen öffentlichen Raum bemühen, der für Fußgänger und Radfahrer vorbehalten ist.

Der Kirchplatz muss vom motorisierten Brennpunkt zum gestalterischen Vorzeigeprojekt werden.

Begegnungszone als "aufgemöbelter" Istzustand.

Alle kennen das alltägliche Verkehrsgewürge in der oberen Maria-Theresienstraße und dem Kirchplatz.

Die Errichtung einer Begegnungszone in diesem Bereich, wie dies leider immer deutlicher aus dem Rathaus zu hören ist, wäre jedenfalls der Ort des Zusammentreffens von ungeduldigen Autofahrern, die sich über gemütliche Radfahrer in Doppelspur maßlos ärgern und eine notwendige Geschwindigkeitsbeschränkung als Schikane betrachten mit Radfahrern und Fußgängern, die sich von einer Kolonne von Autos bedrängt und beengt fühlen.

Jedenfalls wäre es der diametrale Gegensatz für alles das, was für Lebensqualität im Ortszentrum steht nämlich eine Fußgängerzone als ungestörter Aufenthalts- und Begegnungsort für die Bevölkerung, Flanierzone, Einkaufszentrum mit breitem Warenangebot, die Möglichkeit örtliche Veranstaltungen in ungestörter Atmosphäre mit Cafes und Kultur durchzuführen und zu besuchen.

Privater Bauboom und rückläufige Infrastruktur

Seit Jahren besteht in Lustenau ein Bauboom, der sich größtenteils auf den Wohnbaubereich erstreckt, ohne allerdings die steigende Wohnungsnot beseitigen zu können.

Gleichzeitig geht die für eine Großgemeinde notwendige Infrastruktur immer mehr verloren.

Bankfilialen werden immer weniger, es fehlen Arztpraxen, ein entsprechendes Angebot an Fachgeschäften und öffentliche Infrastruktur.

In großen Ortsteilen befindet sich in Bälde überhaupt sich derartiges mehr, Wettbüros mit eigenartiger Schaufenstern werden immer zahlreicher.

Einkäufe des täglichen Bedarfs, wie Bekleidung, Eisenwaren, Möbel müssen immer mehr in Dornbirn erledigt werden.

Ein Ausdruck von Lebensqualität sind auch eine vermehrte Zahl von Kinderspielflächen, öffentlichen Plätzen mit attraktiven Begegnungsräumen, sowie ein durchgehendes Rad- und Wegenetz, das dem Ort ein modernes Erscheinungsbild und eine positive Identität verleiht.

Einer grundlegenden Neustrukturierung bedarf auch der öffentliche Verkehr in unserem Gemeindegebiet samt Verbindungen in den regionalen und überregionalen Bereich, die dem heutigen Standard entsprechen.

Dies wirkt auch positiv auf die wirtschaftliche Tätigkeit, die neben Frequenzbringern auch für einheimische Kaufleute neue Anreize bietet.

Steigende Anforderungen an Politik und Gesellschaft

Wirtschaft und Gesellschaft stehen vor großen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen.

Vor allem die Bildungs- und daraus resultierenden Arbeitsplatzprobleme betreffen immer größere Teile der Bevölkerung.

Die Schwierigkeiten der Europäischen Union mit der Flüchtlingsproblematik und deren Ursachen sowie der Sicherung der Außengrenzen umzugehen, verschärft die Asylproblematik und veranlasst die einzelnen Staaten, selbständig tätig zu werden.

Die bisherigen Leistungen Österreichs in der Flüchtlingsfrage berechtigten jedenfalls die Bundesregierung zu den oft kritisierten Maßnahmen. Es werden nämlich zunehmende Probleme im Bildungs- und Arbeitsmarktbereich zu bewältigen sein.

Dazu kommt die Sicherung des Rechts der Bevölkerung auf entsprechende Achtung und Beibehaltung der hier geltenden Rechtsvorstellungen und kulturellen Normen im gesellschaftlichen Zusammenleben.

Bildungsprobleme von heute sind die sozialen Fragen von morgen.

Wir haben es derzeit mit auseinanderdriftenden Gesellschaften zu tun. Einfache Lösungen werden laut gepredigt, sind aber nicht wirksam und die Mühen der Ebene werden in vielen Bereichen die tägliche Arbeit im Schulbereich bestimmen.

Schwierig ist die Lage für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache. Sie haben ein deutlich höheres Risiko ohne Schulabschluss aus dem Bildungssystem zu fallen - mit allen sozialen und gesellschaftlichen Folgen, die dies mit sich bringt.

Die steigenden Anforderungen an den Bildungserwerb, die notwendige Berufstätigkeit beider Elternteile, macht jedenfalls die Ganztageschule zur unbedingten Notwendigkeit, um dem Erfordernis der Chancengleichheit für die nachwachsende Generation nur halbwegs Rechnung zu tragen.

Die sprachliche Bildung muss aber bereits vor dem Schuleintritt erfolgen. Flächendeckende Kinderbildungseinrichtungen, die auch eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern ermöglichen, sind ein entscheidender Standortfaktor, dem auch in unserer Gemeinde ein erhöhtes Augenmerk zu schenken ist.

S 18 - der verlängerte Weg in die Sackgasse.

Im November 2015 ist der Bericht „Mobil im Rheintal“ betreffend die S18 Alternativen Z- oder CP Variante erstattet worden.

Daraus ergibt sich neuerlich, dass die favorisierte Z-Variante die aufwendigste, teuerste, mit dem größten rechtlichen, ökologischen und technischen Problemen behaftete Variante und mit einem für Lustenau völlig unzumutbaren Realisierungszeitraum von rund 15 - 20 Jahren ist.

Anstelle dieses Phantoms müssen kurzfristig wirksame Maßnahmen endlich realisiert werden, wie die Auffächerung des Verkehrs, einheitliche Beschränkung der derzeit ausgesprochen willkürlichen Zollöffnungszeiten, LKW-Nachtfahrverbot, Ausbau der öffentlichen Verkehrsträger im Personen- und Güterverkehr im Vorarlberger Rheintal samt Projektstudien über eine Straßenbahn und vor allem anstelle der S 18 eine kurze Straßenverbindung zwischen den Autobahnen im Raume Mäder/Kriessern um baldigst den internationalen Schwerverkehr durch Routenbindung von Lustenau weg zu bringen.

Es ist zuwenig, in Bregenzer Regierungsbüros einfach abzuwarten, was nun in Wien geschieht oder nicht geschieht.

Wir müssen für unseren Lebensraum selbst Forderungen erheben und auch zeitlich realistische Antworten einfordern.

Meine Damen und Herren !

Ein Rechnungsabschluss ist im umfassenden Sinne immer auch Teil des politischen Geschehens in der jüngeren Vergangenheit und damit auch ein Stück weit Lehre und Hinweis für die Zukunft.

Gerade diese ist im Verkehrsbereich aber eine völlig andere als die ewig gleiche Fortschreibung von Zahlen eines in 10 Jahren ohnehin nicht mehr gangbaren Weges.

Positive Dynamik erfordert Grundkonsens

Zukunftsfähig sind eine starke positive Dynamik im öffentlichen Raum, eine generelle Stärkung des Ortszentrums mit Aufwertung des Ortsbildes, die Schaffung einer Verkehrsstruktur, die den motorisierten Bereich strukturell begrenzt und den Rad- und Fußgängerverkehr aber auch den öffentlichen Verkehr im ganzen Gemeindegebiet erleichtert, fördert und auch auf eine neue Grundlage stellt. Dies berührt auch die Klimaproblematik, wobei gerade im Verkehrsbereich die Schadstoffbelastung entgegen den umfassenden Verpflichtungen immer weiter ansteigt.

Für eine nachhaltige Lösung der Verkehrsprobleme im dynamischen Wirtschaftsraum Unteres Rheintal wird ohnehin das Projekt einer Straßenbahn neuerlich ernsthaft zu diskutieren sein.

Teil unserer Zukunft ist auch ein investorenfreundliches Klima, das innovative Projektentwicklung begünstigt, die Kaufkraftabwanderung verhindert und endlich eine Zentrumsbildung ermöglicht, die der Größe und Bedeutung Lustenaus gerecht wird.

Dazu braucht es allerdings einen Grundkonsens in der Gemeindevertretung bei unseren großen anstehenden Projekten Einzel- oder Gruppeninteressen in ein gemeinsames Ziel zu integrieren.

Positive Schritte sind der neue Bahnhof mit seinen interessanten Folgeprojekten, das Projekt „Rhesi“, das auch in seinen ökologischen Zielsetzungen zu realisieren ist, sowie die intensiven Bemühungen hinsichtlich einer Fahrradbrücke über den Rhein, die ein wesentlicher Impuls für ein neues Ortsteilzentrum Rheindorf werden könnte.

Abschließend gilt unser Dank allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern die durch ihre Arbeit in den vielen gesellschaftlichen Bereichen ihren Beitrag für die Gemeinschaft leisteten.

Im besonderen gilt der Dank auch den Mitarbeitern der Finanzverwaltung unter der bewährten Leistung von Mag. Klaus Bösch für die wie immer perfekte Aufarbeitung des umfangreichen Zahlenmaterials.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.